

Antragsteller/in (Vorname, Name bzw. Unternehmensbezeichnung)	Geburtsdatum (TT/MM/JJJJ)*	Betriebsnummer 09
Ortsteil, Straße, Hausnummer	PLZ, Ort	
Telefon	Mobil-Telefon	Fax
E-Mail	VAIF-Nr./Vorgangsnummer eAkte	

* Gründungsdatum bei Personengesellschaften bzw. juristischen Personen.

An das
Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (AELF)

Eingangsstempel

Antrag auf Agrarinvestitionsförderung (AFP) ab 2021 nach der Richtlinie des Bayer. Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zur Einzelbetrieblichen Investitionsförderung (EIF) 2021

Ich beantrage eine Förderung im Rahmen des Agrarinvestitionsförderprogramms (AFP)

Dem Antrag habe ich die im beiliegenden Anlagenverzeichnis angegebenen Unterlagen/Nachweise – soweit erforderlich – beigefügt.

Wichtige Hinweise:

Der Antrag kann nur bearbeitet werden, wenn zum Antragsendtermin die Angaben vollständig sind und alle erforderlichen Unterlagen vorliegen. Zur Prüfung der Zuwendungsvoraussetzungen kann die Bewilligungsstelle weitere Angaben und Unterlagen verlangen.

Unvollständig eingereichte Anträge müssen abgelehnt werden!

A Angaben des Antragstellers/der Antragstellerin

1. Vorhaben

Kurze Erläuterung des geplanten Vorhabens mit Nennung der geplanten Kapazitäten:

2. Besondere Anforderungen

Mein Unternehmen bzw. die Investition erfüllt folgende besondere Anforderungen aus dem Bereich (nur ein Kriterium auswählen)

Verbraucherschutz (*Nachweis GQ-Bayern, QS, QM, GLOBAL G.A.P., Ökobetrieb*)

Umwelt- oder Klimaschutz (min. ein Auswahlkriterium aus dem Bereich Umwelt- oder Klimaschutz wird erfüllt vgl. Nr. 3.5)

3. **Auswahlkriterien** (vgl. Merkblatt zum Auswahlverfahren für das Agrarinvestitionsförderprogramm)

Für das beantragte Vorhaben sollen folgende Auswahlkriterien berücksichtigt werden:

3.1 Antragstellendes Unternehmen, Person des Antragstellers/der Antragstellerin	Punkte
Junglandwirt (<i>Altersnachweis und Nachweis Aufnahme der Betriebsführung innerhalb der letzten 5 Jahre</i>)	33
Über die Mindestqualifikation hinausgehende berufliche Fähigkeiten:	
Erfolgreiche berufliche Abschlussprüfung (<i>Nachweis erforderlich</i>)	35
oder	50
Erfolgreiche Weiterbildung (<i>Nachweis erforderlich</i>)	
3.2 Weidebetrieb	
Möglichkeit zum Weidegang mit freiem Zugang zur Weide bei Investitionen in die Milchkuhhaltung zwischen dem 15. Mai und 15. Oktober (<i>vgl. Merkblatt Auswahlverfahren für das AFP</i>)	10
3.3 Charakter der Investition	
Vorhaben mit hoher Öffentlichkeitswirksamkeit (<i>Konzept mit Stellungnahme AELF erforderlich</i>)	10
Investitionen in die Verarbeitung und Vermarktung von Anhang-I-Erzeugnissen (<i>vgl. Merkblatt Auswahlverfahren für das AFP</i>)	40
Investitionen in Milchviehställe und erstmalige Umstellung von Anbinde- auf Laufstallhaltung bei Milchkühen, wenn derzeit noch mindestens 50 % der Milchkühe angebunden sind (<i>Stellungnahme AELF erforderlich</i>)	66
Investition in die Zuchtsauenhaltung oder die Ferkelaufzucht	66
Investition in Maßnahmen zur Förderung der Biodiversität (<i>Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde erforderlich</i>)	63
Investitionen in die Erzeugung von Produkten mit einer ungünstigen Versorgungssituation (<i>ggf. Ökozertifikat vorlegen</i>)	39
Genehmigungsverfahren des Vorhabens ohne Umweltverträglichkeitsprüfung	30
3.4 Tierwohl	
Investitionen in der Schweinehaltung in Stallungen mit Außenklimareizen	40
oder	34
Investitionen in Schweinemast- und Ferkelaufzuchtställe mit strukturierten Buchten	
Tierausläufe	40
3.5 Umwelt- oder Klimaschutz	
Investitionen zur Wärmenutzung aus Biomasse oder Solarenergie (<i>Stellungnahme der Landtechnik-Fachberatung bzw. Technikberater Gartenbau oder der LWG erforderlich</i>)	10
Investition in Festmistverfahren (<i>Stellungnahme AELF erforderlich</i>)	40
Ausführung in Holzbauweise (<i>Stellungnahme Baufachberatung erforderlich</i>)	43
Auslaufhaltung in Verbindung mit Investitionen in mobile Stalleinheiten für Geflügel	60
Summe der erreichten Punkte	

4. Rechtsform des Unternehmens

Einzelunternehmen

Personengesellschaft (z. B. GbR, KG, GmbH & Co. KG)

Rechtsform

Namen der Gesellschafter, deren berufliche Qualifikation und Gesellschaftsanteile in %

Nr.	Name des Gesellschafters	Berufliche Qualifikation	Stimmanteil in %
1			
2			
3			
4			
5			

juristische Person (z. B. GmbH, eG, Stiftung)

Das antragstellende Unternehmen ist ein Betriebszusammenschluss (Kooperation) aus mehreren vorher eigenständigen Betrieben mit folgenden Betriebsnummern:

Betriebsnummer

Betriebsnummer

5. Größe des Unternehmens (KMU)

Ich bin gemäß den Vorgaben im Merkblatt (Bst. H, Nr. 2.3) berechtigt eine einfache Selbsterklärung zur Unternehmensgröße abzugeben.

Nein, das Formular „Erklärung zur Unternehmensgröße“ habe ich als Anlage dem Antrag beigefügt. (Berechnung aller zuberücksichtigenden Unternehmenszahlen für mindestens die letzten zwei Geschäftsjahre; die folgende Selbsterklärung ist dann nicht auszufüllen).

Ja, die Angaben zur Unternehmensgröße sind der folgenden Tabellen zu entnehmen.

Für das antragstellende Unternehmen und das/die ggf. verbundene(n) Unternehmen liegen laut dem letzten genehmigten Abschluss folgende Werte zur Unternehmensgröße vor:

		Mitarbeiter	Jahresumsatz (€) ¹	Bilanzsumme (€)
Antragstellendes Unternehmen				
Verbundenes Unternehmen (Name) ²	Eigentümer/Gesellschafter (Name)			
Summe				
(Antragsstellendes Unternehmen + verbundene Unternehmen)				

Auf Basis der, in der ausgefüllten Selbsterklärung ermittelten Werte, ist das antragstellende Unternehmen der Unternehmensklasse KMU, also ein Kleinst-, kleines oder mittleres Unternehmen (KMU) zuzuordnen.

Das Unternehmen beschäftigt weniger als 250 Personen und der erzielte Jahresumsatz beträgt höchstens 50 Mio. € oder die Jahresbilanzsumme beträgt max. 43 Mio. €.

ja nein

¹ Es ist ausreichend, wenn die Angaben durchgängig nur zum Jahresumsatz oder der Bilanzsumme gemacht werden.
² Zu jedem verbundenen Unternehmen ist ein aktueller Buchführungsabschluss bzw. Einnahmen-Überschuss-Rechnung mit dem Antrag vorzulegen.

6. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Der Standort der Investition liegt in Bayern.

ja nein

Bei meinem Unternehmen handelt es sich um **kein** kirchliches, gemeinnütziges oder mildtätiges Unternehmen.

ja nein

Die Kapitalbeteiligung der öffentlichen Hand am Eigenkapital meines Unternehmens beträgt **weniger als 25 %**.

ja nein

Mein Unternehmen ist **kein** Mitglied in einer Erzeugerorganisation für Obst und Gemüse.

ja nein

Mein Unternehmen ist **keine** erstmalige selbständige Existenzgründung (vgl. Merkblatt AFP Nr. H 9).

ja nein

7. Mindestgröße nach ALG³

Ich bin Unternehmer im Sinne des Gesetzes über die Alterssicherung der Landwirte (ALG) und mein Unternehmen überschreitet die aktuelle Mindestgröße nach § 1 Abs. 2 ALG.

8. Umsatzerlöse aus der Landwirtschaft

Ich erkläre, dass das antragstellende Unternehmen folgende Umsatzerlöse erzielt:

- Umsatzerlöse aus Bodenbewirtschaftung und mit Bodenbewirtschaftung verbundener Tierhaltung ohne Aquakultur und Binnenfischerei (z. B. Milchgeld, Viehverkäufe, etc., inkl. Prämien⁴) _____ €
- Sonstige Umsatzerlöse (z. B. Maschinenring-Tätigkeit, Urlaub auf dem Bauernhof, Direktvermarktung, etc.) _____ €

Summe der Umsatzerlöse _____ €

Anteil Umsatzerlöse aus Bodenbewirtschaftung und mit Bodenbewirtschaftung verbundener Tierhaltung am Gesamtumsatz _____ %

9. Berufliche Fähigkeiten

Ich habe bzw. Gesellschafter/in Nr. ____ (vgl. Nr. 4) hat folgende berufliche Fähigkeiten:

mind. 3 Seminare BiLa (Grundlagen Pflanzliche Produktion mit Sachkundenachweis, Betriebswirtschaftliche Grundlagen, Schwerpunktseminar Pflanzen- oder Tierproduktion).

die bestandene Abschlussprüfung in einem Agrarberuf.

den erfolgreichen Abschluss einer agrar- und forstwirtschaftlichen Fachschule.

gleichwertige Berufsbildung: _____

10. Einkommensverhältnisse

10.1 Einzelunternehmer

		Im Durchschnitt der letzten drei vorliegenden Einkommensteuerbescheide lag die Summe der positiven Einkünfte aller Einkunftsarten bei	
verheiratet ⁵	ledig ⁶	max. 140.000 € (ledig) bzw. 170.000 € (verheiratet) bzw. nicht veranlagt	über 140.000 € (ledig) bzw. 170.000 € (verheiratet) (keine Förderung möglich!)

3 Nicht relevant bei Unternehmen, die einen landwirtschaftlichen Betrieb bewirtschaften und unmittelbar kirchliche, gemeinnützige oder mildtätige Zwecke verfolgen.
 4 Prämien = Betriebsprämie, KULAP, VNP, AGZ; sonstige mit der Bewirtschaftung verbundene Prämien (ohne Investitionszulagen, Agrardieselrückerstattung, etc.)
 5 Gültig auch für eingetragene Lebensgemeinschaften.
 6 Gültig auch für geschiedenen und verwitweten Familienstand.

10.2 Gesellschaften

Nr. ⁷	verheiratet ⁵	ledig ⁶	Im Durchschnitt der letzten drei vorliegenden Einkommensteuerbescheide lag die Summe der positiven Einkünfte aller Einkunftsarten bei	
			max. 140.000 € (ledig) bzw. 170.000 € (verheiratet) bzw. nicht veranlagt	über 140.000 € (ledig) bzw. 170.000 € (verheiratet) (keine Förderung möglich!)
1				
2				
3				
4				
5				

10.3 Juristische Personen

Im Durchschnitt der letzten beiden vorliegenden Jahresabschlüsse beträgt das ordentliche Ergebnis plus Lohnaufwand

max. 140.000 € je Voll-Arbeitskraft im Unternehmen

über 140.000 € je Voll-Arbeitskraft im Unternehmen

11. Förderobergrenzen

Ich versichere, dass meinem Unternehmen bzw. den einzelnen Gesellschaftern für sich betrachtet seit 2014 (einschließlich) **keine** AFP-Förderungen gewährt wurden (maßgeblich ist das Datum des Zuwendungsbescheides).

Ich erkläre, dass seit einschließlich 2014 die nachfolgend aufgeführten AFP-Förderungen gewährt wurden (maßgeblich ist das Datum des Zuwendungsbescheides):

Maßnahme	Bewilligungsdatum	Unternehmen/ Gesellschafter/in Nr. _____ (vgl. Nr. 4)

12. Betreuung des Vorhabens

Der Auftrag zur Betreuung des Vorhabens wurde folgender Gesellschaft erteilt:

Die Kopie des Betreuungsvertrags liegt dem Förderantrag bei.

13. Unternehmenszahlen

13.1 Erfolgreiche Betriebsführung in der Vergangenheit

Bei Vorhaben über 200.000 € zuwendungsfähigen Ausgaben für die Investition ist die erfolgreiche Betriebsführung in der Vergangenheit durch Vorlage mind. der beiden letzten Buchführungsabschlüsse sowie durch eine Berechnung der Eigenkapitalbildung nachzuweisen.

13.2 Investitionskonzept

Das dem Antrag beigefügte Investitionskonzept entspricht meinen Angaben und wurde mir eingehend erläutert.

Ich bin mit den Kalkulationen, vor allem den wesentlichen Kennzahlen der Rentabilität, Stabilität und Liquidität (Gewinn, Eigenkapitalbildung, Kapitaldienst, Kapitaldienstgrenze) einverstanden. Die Angaben entsprechen meinen betrieblichen Gegebenheiten/Erwartungen.

13.3 Lagerraum für Wirtschaftsdünger (Angaben notwendig, wenn ein Zuschuss dafür beantragt wird)

Es besteht weder eine Beteiligung des antragstellenden Unternehmens bzw. einzelner Gesellschafter an einer Biogasanlage, die nach dem EEG begünstigt werden kann, noch wird eine solche Anlage betrieben.

Der Betrieb verfügt derzeit über folgende bauliche Lagerkapazitäten⁸ (vgl. Merkblatt Bst. C)

_____ m³ Güllelagerraum und

_____ m² Festmistlager.

13.4 Bestehende Verbindlichkeiten

Mein Unternehmen hat

keine Verbindlichkeiten über 10.000 €.

Verbindlichkeiten über 10.000 €.

Ein Nachweis über alle bestehenden Verbindlichkeiten ist dem Förderantrag als Anlage(n) in Form von Bestätigungen des Kreditgebers (Formblatt „Zusammenstellung der vorhandenen Verbindlichkeiten“) beigefügt.

14. Investitionen

			Bearbeitungsvermerke Fachzentrum EIF
Die Investitionen dienen nicht der Anpassung an bestehende rechtsverbindliche Standards.			
In die Förderung sollen zuwendungsfähige Ausgaben bis zu 200.000 € einbezogen werden (die Ausgaben für die Betreuung sind dabei nicht zu berücksichtigen).			
Investitionsart	Kurztext: Art, Umfang	Voraussichtliche Ausgaben ohne MwSt. in €	Anerkannte Ausgaben für die Investition
14.1 Grundsätzlich zuwendungsfähige Netto-Ausgaben			
Eintragung nur, wenn Antrag nicht am PC ausgefüllt wird			
	Zwischensumme		
Grundsätzlich zuwendungsfähige Ausgaben für die Betreuung			
Betreuung			
	Summe 14.1		
14.2 Nicht anerkannte zuwendungsfähige Ausgaben			
14.3 Grundsätzlich nicht zuwendungsfähige projektbezogene Netto-Investitionen (z. B. Gebühren, gebrauchte Technik)			
	Summe 14.3		
14.4 Voraussichtliche Netto-Ausgaben insgesamt			

StMELF – P3/64-02.2022

⁸ Lagerraum, der auch nach Abschluss der Maßnahme zur Verfügung steht.

15. Finanzierung

		Finanzierung der Ausgaben ohne MwSt. in €	Bearbeitungsvermerke Fachzentrum EIF
Summe der Finanzierungsmittel (<i>muss mit den voraussichtlichen Netto-Ausgaben von Nr. 14.4 übereinstimmen</i>)			
Diese Finanzierungsmittel setzen sich zusammen aus:			
15.1 Zuschuss für	mit einem Förder- satz von bis zu	Zuschussbetrag in €	Anerkannter Zuschuss in €
	25 %		
Milchviehlaufstall für erstmalige Umstellung	40 %		
Mastschweineestall	25 %		
Zuchtsauenestall	40 %		
Sonstige Stallbauten	25 %		
	20 %		
Betreuung Begrenzung auf 40 % bei Investitionen in einen Milchviehlaufstall bei erstmaliger Umstellung bzw. in einen Zuchtsauenestall	40 % 50 %		
Summe der beantragten Zuschüsse			
15.2 Eigenmittel		€	Anerkannt
Guthaben (<i>ab 50.000 € Bestätigung erforderlich</i>)			
verfügbar aus Einnahmen des Betriebes („cash-flow“-Anteil)			
Kapitalmarktdarlehen (<i>ab 50.000 € Kreditbereitschaftserklärung erforderlich</i>)			
Darlehen der Landwirtschaftlichen Rentenbank oder den Förder- banken des Landes Bayern (<i>ab 50.000 € Kreditbereitschafts- erklärung erforderlich</i>)			
Summe der eigenen Mittel			
15.3 Andere Finanzierungsmittel (Mittel von Dritten)			
Versicherungsleistungen (z. B. Brand, Inventar, Sonstige)			
Summe der anderen Finanzierungsmittel			
15.4 Summe der Finanzierungsmittel			
<p>Außer den im Finanzierungsplan aufgeführten Zuwendungen wurden für das Vorhaben keine weiteren öffentlichen Fördermittel beantragt und werden auch keine beantragt. Werden nach der Antragstellung Mittel der Landwirtschaftlichen Rentenbank oder den Förderbanken des Landes Bayern in Anspruch genommen wird dies der Bewilligungsbehörde zeitnah, spätestens jedoch mit dem Zahlungsantrag mitgeteilt.</p>			

B Erklärungen

Mir/Uns ist bekannt, dass

- ein Rechtsanspruch auf die Gewährung einer Zuwendung nicht besteht.
- dass Leistungen – dazu zählt bereits der Abschluss eines der Ausführung zugrundeliegenden Lieferungs- und Leistungsvertrages (z. B. Auftragserteilung, Kaufvertrag, Werkvertrag) – sowie auch die Vergabe einer/mehrerer Leistungsphasen(n) ab der Leistungsphase 8 der HOAI - die vor der Bewilligung vergeben, durchgeführt oder bezahlt wurden, nicht zuwendungsfähig sind (vgl. Merkblatt Bst. N).
- dass der Zahlungsantrag (Verwendungsnachweis) spätestens sechs Monate nach Ablauf des auf die Bewilligung folgenden dritten Kalenderjahres vorzulegen ist (vgl. Merkblatt Bst. O 2), sofern im Zuwendungsbescheid kein früherer Termin festgesetzt wird.
- dass nur zuwendungsfähige Lieferungen, Leistungen bzw. Ausgaben geltend gemacht werden können, die im Bewilligungszeitraum geliefert bzw. erbracht, in Rechnung gestellt und bezahlt wurden.
- mit einer Kürzung bis hin zum vollständigen Verlust bzw. hin zur vollständigen Rückforderung der Zuwendung zu rechnen ist, wenn
 - die Zuwendung durch **unrichtige** oder **unvollständige** Angaben erwirkt wird,
 - nicht förderfähige Ausgaben geltend gemacht werden,
 - Mittel zweckwidrig verwendet werden,
 - gegen Auflagen und Verpflichtungen im Zusammenhang mit dem Erhalt der Förderung verstoßen wird,
 - oder ein vergleichbar schwerwiegender anderer Grund vorliegt.
- der Subventionsbetrug gemäß § 264 Strafgesetzbuch (StGB) strafbar ist und wegen Subventionsbetrug u. a. bestraft wird, wer über subventionserhebliche Tatsachen unrichtige oder unvollständige, für ihn vorteilhafte Angaben macht oder den Subventionsgeber über subventionserhebliche Tatsachen in Unkenntnis lässt.
- die Bewilligungsbehörde, das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten einschließlich seiner nachgeordneten Behörden und der Bayerische Oberste Rechnungshof sowie Prüfungsorgane des Bundes und der EU das Recht haben, die Voraussetzungen für die Gewährung der Förderung durch Besichtigung an Ort und Stelle und durch Einsichtnahme in Bücher und sonstige Belege oder Förderanträge (z. B. Mehrfachantrag) entweder selbst zu prüfen oder durch Beauftragte prüfen zu lassen.

Ich/Wir verpflichte(n) mich,

- Unterlagen, die für die Bemessung der Förderung von Bedeutung sind, mindestens bis zum Ablauf der Zweckbindung aufzubewahren. Längere Aufbewahrungsfristen nach anderen Vorschriften bleiben unberührt.
- jede Änderung, die Auswirkungen auf die Förderungsberechtigung bzw. die Förderhöhe hat, unverzüglich der Bewilligungsstelle schriftlich mitzuteilen.
- bei nicht baugenehmigungspflichtigen Anlagen, die Bestandteil des geförderten Vorhabens sind, die fachrechtlichen Vorgaben einzuhalten.

Datenschutzrechtliche Einwilligung

Ich stimme zu, dass die Landwirtschaftsverwaltung zur Bearbeitung und Kontrolle des Antrages Auskünfte einholen kann:

- bei der Finanzverwaltung über die Einkünfte des Betriebes sowie bei weiteren Behörden.
- bei der (Haus-)bank wegen evtl. bestehender Verbindlichkeiten, Guthaben, Wertpapieren, Bargeldnachweisen oder Kreditbereitschaftserklärungen.
- bei der Kreisverwaltungsbehörde in Zusammenhang mit der baurechtlichen Genehmigung.

ja nein

Die Zustimmung ist freiwillig. Wird die Zustimmung nicht erteilt, sind die entsprechenden Informationen vom Antragsteller/von der Antragstellerin beizubringen. Dadurch kann sich die Bewilligung des Förderantrags verzögern. Eine Bewilligung ohne Vorliegen der erforderlichen Informationen ist nicht möglich.

Ich versichere, dass ich von den „Rechtsvorschriften zum Subventionsgesetz“ sowie den Verpflichtungen und Hinweisen in den Merkblättern zum Agrarinvestitionsförderprogramm, zum Auswahlverfahren für das Agrarinvestitionsförderprogramm sowie zu den baulichen Anforderungen an eine besonders tiergerechte Haltung gemäß der Anlage 1 der Richtlinie (sofern einschlägig) Kenntnis genommen habe.

Ich versichere, dass meine Angaben in diesem Antrag und in den eingereichten Unterlagen richtig und vollständig sind.

Ort, Datum

Unterschrift des Antragstellers/der Antragsteller/in

Bei Personengesellschaften/juristischen Personen die mit der Geschäftsführung beauftragte Person.

Name in Druckbuchstaben